Bundesrat Drucksache 279/4/89

14.02.90

Antrag

des Landes Niedersachsen

zur

Entschließung des Bundesrates zur "Gemeinschaftscharta der Regionalisierung" des Europäischen Parlaments

- Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen -

Punkt 51 der 609. Sitzung des Bundesrates
am 16. Februar 1990

Der Bundesrat möge beschließen:

Eine Entscheidung über den Entschließungsantrag wird bis zum Herbst 1990 vertagt.

Begründung für das Bundesratsplenum:

Die Regierungschefs der Länder haben in ihrer Konferenz vom 25. - 27. Oktober 1989 in Düsseldorf die Einsetzung einer Arbeitsgruppe der Staats- und Senatskanzleien beschlossen, die bis zur Ministerpräsidentenkonferenz im Herbst 1990 einen Bericht über die Stellung der Länder und Regionen bei der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft vorlegen soll. Diese Arbeitsgruppe wird auch die Gemeinschaftscharta der Regionalisierung in ihre Beratungen einbeziehen. Da eine Entschließung des Bundesrates zu der Gemeinschaftscharta nicht unter Zeitdruck steht, sollen die Ergebnisse der Arbeitsgruppe der Staats- und Senatskanzleien abgewartet werden.

Ausgeliefert am 15. FEB. 1990

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, 5300 Bonn 2
ISSN 0720-2946